



27.08.2025

## **Unsere Vorschläge und Forderungen für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung in Stichworten:**

Den Großteil unserer Forderungen haben wir schon in unseren Anträgen an den Gewerkschaftstag und bei Kongressen der IGM eingebracht. Die Liste haben wir nun durch Ergebnisse unserer Klausur (15.-17. 07. 2025) ergänzt.

1. Solidarische Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen werden.
2. Höhere Bundeszuschüsse und systemgerechte Finanzierung „versicherungsfremder Leistungen“, keine Verlagerung auf die Beitragszahler. Versicherungsfremde Leistungen für jeden verständlich definieren.
3. Stabilisierung des Rentenniveaus und schrittweise Anhebung auf mindestens 53 Prozent.
4. Fortbestand der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren. Anrechnung von Wartezeiten wie bei allen anderen Altersrenten.
5. Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters, stattdessen Anreize für gesicherte und flexible Altersübergänge.
6. Erleichterung und Vereinfachung der Möglichkeit freiwilliger zusätzlicher Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung, durch ein grundsätzliches Recht auf zusätzliche Beitragszahlungen für Pflichtversicherte. Z.B. Soli-Rente Plus mit Beteiligung der Arbeitgeber.
7. Betriebsrente Arbeitgeber finanziert, Mindestleistung, Arbeitgeberhaftung und Bestandsschutz für bestehende Regelungen. Das Sozialpartnermodell (vom IGM Bezirk BW) auf dem Gewerkschaftstag in Frankfurt eingebracht, wurde mehrheitlich abgelehnt.
8. Verbesserungen bei der ergänzenden betrieblichen Altersversorgung. Schrittweise Umschichtung der Fördermittel der dritten Säule in die betriebliche Altersversorgung.
9. Keine Altersvorsorge mit den Beiträgen der Arbeitnehmer auf dem Kapitalmarkt.
10. Einführung einer 13. gesetzlichen Rente. In vielen europäischen Ländern gibt es das schon heute. In der Schweiz ab 2026. In Österreich gibt es 14 Renten. Schutz vor weiterer Altersarmut der Rentner.

11. Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rente. Deckelung bei Rentenbezug. Großer Solidarbeitrag. Ausgleich zwischen Arm und Reich.
12. Abschaffung der Versteuerung sämtlicher Rentenleistungen, mindestens aber die Erhöhung des steuertariflichen Grundfreibetrages.
13. Abschaffung der Abschläge von bis zu 10,8 Prozent bei der EM- Rente. Es darf nicht sein, dass kranke Rentnerinnen und Rentner mit Abschlägen bestraft werden. Die Krankheit ist Strafe genug. Die Versicherten können in der Regel nichts dafür, dass Sie krank sind.
14. Die Einkommensanrechnung bei der Hinterbliebenenrente muss so verändert werden, dass man nicht bestraft wird wenn man z.B. voll weiterarbeitet. Der Faktor 26,4 mit dem der Freibetrag errechnet wird muss entsprechend verändert werden.
15. Um die Finanzierung auf sichere Beine zu stellen müssen gleichzeitig steuerpolitische Korrekturen bei allen Steuerarten vorgenommen werden. Insbesondere Multimillionäre und Milliardäre müssten einen gerechten Beitrag leisten. Die Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung müsste verstärkt werden.

Das Ziel unserer Vorschläge sind deutlich bessere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erreichen. Die Umsetzung der Punkte 1., 2., 6., 11., und 15. wären ein Weg wie dies finanziert werden kann, auch über die Erhöhung des Beitragssatzes muss nachgedacht werden. Der aktuelle Weg Deckelung des Beitragssatzes und mehr private Vorsorge belastet vor allem jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Profitieren tun nur die Arbeitgeber und die Versicherungswirtschaft.

Die Fortführung der „Flickschusterei“ am bestehenden System führt nicht zu den gewünschten Erfolgen. Was wir brauchen ist der Mut für eine wirklich große Strukturreform, ein Paradigmenwechsel mit dem Ziel den Lebensstandard im Alter zu sichern und nicht wie in den vergangenen Jahren an dem rein beitragsorientierten System festzuhalten, das mit Leistungskürzungen und privater Vorsorge für die Versicherten Nachteile gebracht hat.

Mit unseren Vorschlägen haben wir uns nur mit dem System Altersvorsorge beschäftigt. Selbstverständlich muss der soziale Schutz der anderen sozialen Systeme und die öffentliche Daseinsvorsorge ebenfalls verbessert werden.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Vorschläge nicht einfach umzusetzen sind. Die Medienberichte der letzten Tage und Wochen zeigen, dass die Regierung andere Prioritäten setzt und damit die soziale Spaltung fahrlässig in Kauf nimmt und dadurch die Demokratie gefährdet. Für ein Umdenken ist höchste Zeit.

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten Investitionen für eine bessere Zukunft.

**Sprecher des Seniorenkreises der IGM Bruchsal, Felix Schlindwein**